Recht der elektronischen Medien

Spindler / Schuster / Kaesling

5. Auflage 2026 ISBN 978-3-406-81100-5 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.



Recht der elektronischen Medien

Kommentar

Band 1

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gerald Spindler †, Göttingen Prof. Dr. Fabian Schuster, Rechtsanwalt, Düsseldorf JProf. Dr. Katharina Kaesling, Dresden

Bearbeitet von den Herausgebern und von

Katharina Anton, Berlin; Prof. Dr. Ivo Bach, Göttingen; Prof. Dr. Tabea Bauermeister, Regensburg; Tobias Brings-Wiesen, Köln; Lukas Dalby, Syndikusrechtsanwalt, Bremen; Dr. Anja Doepner-Thiele, LL.M., Rechtsanwältin, Düsseldorf; Dr. Jens Eckhardt, Rechtsanwalt, Düsseldorf; Prof. Dr. Murad Erdemir, Kassel; Dr. Jörg Frederik Ferreau, Rechtsanwalt, Köln; Prof. Dr. Marco Gercke, Rechtsanwalt, Köln; Dr. Simon Gerdemann, LL.M., Göttingen; Prof. Dr. Ludwig Gramlich, Münster; Nina Graw, Rechtsanwältin, Berlin; Prof. Dr. Andreas Grünwald, Rechtsanwalt, Berlin; Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain, Köln; Dr. Jörn Heckmann, Rechtsanwalt, Hamburg; Ass.-Prof. Dr. Lena Hornkohl, LL.M., Wien; Dr. Anna Zsófia Horváth, LL.M., Rechtsanwältin, Budapest; Prof. Dr. Ruth Janal, LL.M., Bayreuth; Prof. Dr. Andreas Kerkemeyer, Hamburg; Prof. Dr. Anne Lauber-Rönsberg, LL.M., Dresden; Dr. Philip Laue, LL.M., Köln; Dr. Sebastian Louven, Rechtsanwalt, Detmold; Prof. Dr. Tobias Lutzi, LL.M., M.Jur., Augsburg; Prof. Dr. Roger Mann, Rechtsanwalt, Hamburg; Prof. Dr. Hans-W. Micklitz, Berlin; Prof. Dr. Oliver Mörsdorf, Brühl/Bonn; Prof. Dr. Monika Namysłowska, Lodz; Dr. Judith Nink, Rechtsanwältin, Köln; Dr. Carl Friedrich Nordmeier, Frankfurt a. M.; Christoph Nüßing, Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Theresa Oehm, Rechtsanwältin, Berlin; Dr. Sebastian Pech, LL.M., Rechtsanwalt, München; Prof. Dr. Paulina Jo Pesch, Erlangen; Lutz Ropeter, Rechtsanwalt, Köln; Prof. Dr. Hannah Ruschemeier, Osnabrück; Dr. Martin Schirmbacher, Rechtsanwalt, Berlin; Prof. Dr. Sebastian, Schwamberger, LL.M., Rostock; Dr. Axel Sodtalbers, Rechtsanwalt, Oldenburg; Dr. Fabian Uebele, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.; Dr. Paul Voigt, Lic., Rechtsanwalt, Berlin; Dr. Christian Volkmann, Rechtsanwalt, Berlin; Kerstin Waldeck, Kassel; Prof. Dr. Andreas Wiebe, LL. M., Göttingen; Max-Julian Wiedemann, LL.M., Rechtsanwalt, Hamburg; Dr. Maren Wöbbeking, Osnabrück

5. Auflage 2026





beck.de

ISBN 978 3 406 81100 5

© 2026 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG Wilhelmstraße 9, 80801 München info@beck.de Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag) Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten. Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

In memoriam Gerald Spindler

Mit dem Tod von Gerald Spindler im September 2023 hat nicht nur dieses Werk einen Gründungsherausgeber, sondern die deutsche Rechtswissenschaft einen seiner profiliertesten und engagiertesten Vertreter verloren.

Gerald Spindler hatte Ende der Neunzigerjahre, inspiriert vom allerersten Querschnittskommentar (der Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht), die Idee, auch im Bereich der elektronischen Medien ausgewählte relevante Rechtsnormen in einem Kommentar zu bearbeiten. Dass dann nach der ersten Idee das Erscheinen der 1. Auflage dieses Werkes noch mehr als zehn Jahre dauern würde, war unerwartet und – schon damals ein gelegentlich vorkommendes Phänomen – dem erheblichen (Änderungs-) Tempo des Gesetzgebers geschuldet.

Auch in der Begründung und Fortentwicklung dieses Werkes zeigt sich die seltene Verbindung besonderer Talente von Gerald Spindler: er war nicht nur ein herausragender Jurist sowie akademischer Forscher und Lehrer, sondern er konnte – im Bereich der elektronischen Medien – mit den Technikern – und – als studierter Wirtschaftswissenschaftler – auch mit den Kaufleuten etwa im Bereich Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht diskutieren.

In den technisch und wirtschaftlich geprägten Rechtsgebieten von Internet-, E-Commerce- und Medienrecht führte das zusammen mit seinem exzellenten Gedächtnis nicht nur zu einer ungewöhnlich tiefen Durchdringung dieser Querschnittsmaterie, sondern auch zu intensiv geprägten fachlichen Auseinandersetzungen. Wer das nicht selbst erleben konnte, kann sich zum Beispiel anhand seiner Veröffentlichungen zu Themen wie "Recht und IT-Sicherheit" und "Finanzinvestoren aus ökonomischer und juristischer Sicht" oder auch dem Werk "Informationsfreiheit in der Finanzmarktaufsicht" ein eigenes Bild machen.

Seine Fachkenntnis und Schaffenskraft waren bewundernswert. Hiervon legen nicht nur Hunderte von Aufsätzen, Dutzende Beiträge zu Festschriften sowie zahlreiche umfangreiche Kommentierungen beredtes Zeugnis ab, sondern auch seine vielfältige Tätigkeit als Berater von deutschen und europäischen Institutionen, etwa hinsichtlich der Verantwortlichkeiten von Providern, Plattformen und Intermediären. Dementsprechend war er auch international auf allen Kontinenten als Referent gefragt.

Er fehlt der Rechtswissenschaft und allen, die ihn kannten. Verlag und seine Mitherausgeber werden bei der Fortführung dieses Werkes sein Gedenken bewahren.

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Fast sechs Jahre sind vergangen, seitdem die vierte Auflage erschienen ist und das Werk seinen Platz im Bereich des Rechts der elektronischen Medien weiter gefestigt hat.

In dieser Zeit haben sich die Rechtsgebiete, die das Medien-, Digitale Dienste- und Internetrecht betreffen, nicht nur – wie üblich – weiterentwickelt, sondern sind deutlich erweitert und weiterentwickelt worden. Die Aktivität namentlich des europäischen Gesetzgebers war enorm: Digital Services Act, Digital Markets Act und Data Governance Act, um nur einige zu nennen. Das führte auch in Deutschland zu Änderungen (DDG, TDDDG) und zur größten Erweiterung dieses Werks bisher: nunmehr zweibändig finden sich die europäischen bzw. internationalen Rechtsakte in Band 1 und die nationalen in Band 2.

Der Grundidee des Werkes, den nicht immer leichten Brückenschlag von Praxis und Wissenschaft trotz der Schnelllebigkeit der Rechtsgebiete und -fragen zu leisten und eine verlässliche Stütze für die Anwendung in der Praxis zu liefern, fühlen wir uns über das viel zu frühe Versterben von Gerald Spindler hinaus auch in Zukunft verpflichtet.

Düsseldorf und Dresden, im Juli 2025

Fabian Schuster und Katharina Kaesling



Inhaltsübersicht

In memoriam Gerald Spindler	V
Vorwort	VII XI
Bearbeiterverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLV
Band 1	
Erster Teil. Allgemeines	1
Zweiter Teil. Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	199
Dritter Teil. Data Governance Act (DGA)	225
Vierter Teil. Digital Markets Act (DMA)	275
Fünfter Teil. Digital Services Act (DSA)	349
Sechster Teil. Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)	639
Siebenter Teil. Portabilitäts-Verordnung	943
Achter Teil. Rom I-Verordnung	969
Neunter Teil. Rom II-Verordnung	1031
Band 2	
Zehnter Teil. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	1
Elfter Teil. Digitale-Dienste-Gesetz (DDG)	491
Zwölfter Teil. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche (EGBGB)	577
Dreizehnter Teil. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)	655
Vierzehnter Teil. Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz	
in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag – JMStV)	737
Fünfzehnter Teil. Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen	757
(Markengesetz – MarkenG)	883
Sechzehnter Teil. Medienstaatsvertrag (MStV)	1031
Siebzehnter Teil. Presserecht im Internet und "elektronische Presse"	1297
Achtzehnter Teil. Strafgesetzbuch (StGB)	1323
Neunzehnter Teil. Gesetz über den Datenschutz und den Schutz der Privatsphäre in der Telekommunikation und bei digitalen Diensten (Telekommunikation-	4202
Digitale-Dienste-Datenschutz-Gesetz – TDDDG)	1393
Zwanzigster Teil. Telekommunikationsgesetz (TKG)	1459
Einundzwanzigster Teil. Gesetz über die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten (Urheberrechts-Diensteanbieter-Gesetz – UrhDaG)	1669
Zweiundzwanzigster Teil. Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz)	1707
Dreiundzwanzigster Teil. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG)	2299
Stichwortverzeichnis	2525

	V
Vorwort	VII XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLV
Erster Teil. Allgemeines	
A. Völkerrecht	1
B. Primärrecht der Europäischen Union	36
C. Elektronische Medien und die EU-Grundrechtecharta D. Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	82 107
E. Verfassungsrecht	145
2. Verlassangsteene	110
Zweiter Teil. Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	
(Auszug)	
Präambel, Art. 1–100 (vom Abdruck wurde abgesehen)	199
Dritter Teil. Die internen Politiken und Maßnahmen der Union	199
Titel VII. Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und	
Angleichung der Rechtsvorschriften	199
Kapitel 1. Wettbewerbsregeln	199
Abschnitt 1. Vorschriften für Unternehmen	199
Art. 101 [Kartellverbot]	199 211
Art. 102 [wissbrauch einer marktbeherrschenden stehung] Art. 103–358, Schlussformel, Anhänge (vom Abdruck wurde abgesehen)	223
Dritter Teil. Data Governance Act (DGA)	
(Auszug)	
Verordnung (EU) 2022/868 des Europäischen Parlaments und des Rates vom	
30. Mai 2022 über europäische Daten-Governance und zur Änderung der	
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance	
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act)	225
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act)	225
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act)	225 225
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen)	225
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act)	225 225 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen	225 225 231 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen)	225 225 231 231 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act)	225 225 231 231 231 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen)	225 225 231 231 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten	225 225 231 231 231 231 231
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste	225 225 231 231 231 231 238 248 258
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung	225 225 231 231 231 231 238 248 258 260
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen)	225 225 231 231 231 231 238 248 258 260 267
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel IV. Datenaltruismus	225 225 231 231 231 231 238 248 258 260 267 267
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel IV. Datenaltruismus Art. 16–25 (vom Abdruck wurde abgesehen)	225 225 231 231 231 231 238 248 260 267 267
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel IV. Datenaltruismus Art. 16–25 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel V. Zuständige Behörden und Verfahrensvorschriften	225 225 231 231 231 231 238 248 260 267 267 267
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel IV. Datenaltruismus Art. 16–25 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel V. Zuständige Behörden und Verfahrensvorschriften Art. 26 Anforderungen an zuständige Behörden	225 225 231 231 231 231 238 248 258 260 267 267 267 267
Verordnung (EU) 2018/1724 (Daten-Governance-Rechtsakt/Data Governance Act) Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel II. Weiterverwendung bestimmter Kategorien geschützter Daten im Besitz öffentlicher Stellen Art. 3–9 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel III. Anforderungen an Datenvermittlungsdienste Art. 10 Datenvermittlungsdienste Art. 11 Anmeldung der Anbieter von Datenvermittlungsdiensten Art. 12 Bedingungen für die Erbringung von Datenvermittlungsdiensten Art. 13 Zuständige Behörden für Datenvermittlungsdienste Art. 14 Überwachung der Einhaltung Art. 15 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel IV. Datenaltruismus Art. 16–25 (vom Abdruck wurde abgesehen) Kapitel V. Zuständige Behörden und Verfahrensvorschriften	225 225 231 231 231 231 238 248 260 267 267 267

Art. 28 Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf	272 273
Vierter Teil. Digital Markets Act (DMA)	
(Auszug)	
Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte/Digital Markets Act)	275
Kapitel I. Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich (nicht kommentiert) Art. 2 Begriffsbestimmungen	275 275 276
Kapitel II. Torwächter Art. 3 Benennung von Torwächtern Art. 4 Überprüfung des Torwächter-Status	291 291 300
Kapitel III. Unfaire oder die Bestreitbarkeit beschränkende Praktiken von Torwächtern	303
Art. 5 Verpflichtungen von Torwächtern	303
Art. 6 Verpflichtungen von Torwächtern, die möglicherweise noch durch Artikel 8 näher ausgeführt werden	315 332
Art. 8 Einhaltung der Verpflichtungen durch Torwächter Art. 9–15 (vom Abdruck wurde abgesehen)	336 342
Kapitel IV. Marktuntersuchung Art. 16, 17 (vom Abdruck wurde abgesehen) Art. 18 Marktuntersuchung bei systematischer Nichteinhaltung Art. 19 (vom Abdruck wurde abgesehen)	342 342 342 346
Kapitel V. Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsbefugnisse Art. 20–24 (vom Abdruck wurde abgesehen) Art. 25 Verpflichtungszusagen Art. 26–54, Schlussformel, Anhang (vom Abdruck wurde abgesehen)	346 346 348
Fünfter Teil. Digital Services Act (DSA)	
(Auszug)	
Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste/Digital Services Act)	349
Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	349 349
Kapitel II. Haftung der Anbieter von Vermittlungsdiensten Vorbemerkung Art. 4ff	349 349 358
Art. 4 "Reine Durchleitung" Art. 5 "Caching" Art. 6 Hosting	366 375
Art. 7 Freiwillige Untersuchungen auf Eigeninitiative und Einhaltung der Rechtsvorschriften	389 392
Art. 9 Anordnungen zum Vorgehen gegen rechtswidrige Inhalte	396 400
Kapitel III. Sorgfaltspflichten für ein transparentes und sicheres Online-Umfeld	402
Abschnitt 1. Bestimmungen für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten Art. 11–13 (vom Abdruck wurde abgesehen) Art. 14 Allgemeine Geschäftsbedingungen	402 402 402
Art. 15 Transparenzberichtspflichten der Anbieter von Vermittlungsdiensten	414

Abschnitt 2. Zusätzliche Bestimmungen für Hostingdiensteanbieter, einschließlich	
Online-Plattformen	420
Art. 16 Melde- und Abhilfeverfahren	420 431
Art. 17 Begründung	43
Abschnitt 3. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen	437
Art. 19 (vom Abdruck wurde abgesehen)	437
Art. 20 Internes Beschwerdemanagementsystem	437
Art. 21 Außergerichtliche Streitbeilegung	453
Art. 22 Vertrauenswürdige Hinweisgeber	470 478
Art. 23 Maßnahmen und Schutz vor missbräuchlicher Verwendung	487
Art. 25 Gestaltung und Organisation der Online-Schnittstelle	494
Art. 26 Werbung auf Online-Plattformen	505
Art. 27 Transparenz der Empfehlungssysteme	516
Art. 28 Online-Schutz Minderjähriger	522
Abschnitt 4. Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen, die Verbrauchern den Abschluss von Fernabsatzverträgen mit	
Unternehmern ermöglichen	527
Art. 29 (vom Abdruck wurde abgesehen)	527
Vorbemerkung zu Art. 30–32	258
Art. 30 Nachverfolgbarkeit von Unternehmern	536
Art. 31 Konformität durch Technikgestaltung	546
Art. 32 Recht auf Information	550
Abschnitt 5. Zusätzliche Verpflichtungen in Bezug auf den Umgang mit	
systemischen Risiken für Anbieter von sehr großen Online-	
Plattformen und sehr großen Online-Suchmaschinen	553
Art. 33 Sehr große Online-Plattformen und sehr große Online-Suchmaschinen	553
Art. 34 Risikobewertung	561
Art. 35 Risikominderung	577
Art. 36 Krisenreaktionsmechanismus	587
Art. 37 (vom Abdruck wurde abgesehen)	595
Art. 38 Empfehlungssysteme	595
Art. 39 Zusätzliche Transparenz der Online-Werbung	597
Art. 40 Datenzugang und Kontrolle	605
Art. 41 (vom Abdruck wurde abgesehen) Art. 42 Transparenzberichtspflichten	614 615
Art. 43 (vom Abdruck wurde abgesehen)	620
Abschnitt 6. Sonstige Bestimmungen über Sorgfaltspflichten	620
Art. 44 (vom Abdruck wurde abgesehen) Art. 45 Verhaltenskodizes	620 620
Art. 46 Verhaltenskodizes für Online-Werbung	625
Art. 47 Verhaltenskodizes in Bezug auf die Barrierefreiheit	628
Art. 48 (vom Abdruck wurde abgesehen)	631
Kapitel IV. Umsetzung, Zusammenarbeit, Sanktionen und Durchsetzung	632
Abschnitt 1. Zuständige Behörden und nationale Koordinatoren für digitale	
Dienste	632
Art. 49–53 (vom Abdruck wurde abgesehen)	632
Art. 54 Entschädigung	632
Art. 55–93, Schlussformel (vom Abdruck wurde abgesehen)	638
Sechster Teil. Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)	
(Auszug)	
Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom	
27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung	
personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der	
Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)	639

Kapitel I. Allgemeine Bestimmungen	639
Art. 1 Gegenstand und Ziele	639 641
Art. 2 Sachlicher Anwendungsbereich	645
Art. 4 Begriffsbestimmungen	649
Kapitel II. Grundsätze Art. 5 Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten	664 664
Art. 6 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	671
Art. 7 Bedingungen für die Einwilligung	687
Art. 8 Bedingungen für die Einwilligung eines Kindes in Bezug auf Dienste der	
Informationsgesellschaft	694
Art. 9 Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	698 707
Art. 11 Verarbeitung, für die eine Identifizierung der betroffenen Person nicht erforderlich ist	707
Kapitel III. Rechte der betroffenen Person	709
Abschnitt 1. Transparenz und Modalitäten Art. 12 Transparente Information, Kommunikation und Modalitäten für die Ausübung der Rechte der betroffenen Person	709 709
	,0,
Abschnitt 2. Informationspflicht und Recht auf Auskunft zu personenbezogenen Daten	717
Art. 13 Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person	717
Art. 14 Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	728
Art. 15 Auskunftsrecht der betroffenen Person	735
Abschnitt 3. Berichtigung und Löschung	744
Art. 16 Recht auf Berichtigung	744
Art. 17 Recht auf Löschung ("Recht auf Vergessenwerden")	746
Art. 18 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung	755
Art. 19 Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung	750
personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung	758 760
	700
Abschnitt 4. Widerspruchsrecht und automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall	764
Art. 21 Widerspruchsrecht	764
Art. 22 Automatisierte Entscheidungen im Einzelfall einschließlich Profiling	769
	774
Abschnitt 5. Beschränkungen	774
Kapitel IV. Verantwortlicher und Auftragsverarbeiter	775
Abschnitt 1. Allgemeine Pflichten	775
Art. 24 Verantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen	775
Voreinstellungen	780
Art. 26 Gemeinsam Verantwortliche	784
Art. 27 Vertreter von nicht in der Union niedergelassenen Verantwortlichen oder Auftragsverarbeitern	792
Art. 28 Auftragsverarbeiter	796
Art. 29 Verarbeitung unter der Aufsicht des Verantwortlichen oder des Auftragsverarbeiters .	807
Art. 30 Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten	810 815
Abschnitt 2. Sicherheit personenbezogener Daten	816
Art. 32 Sicherheit der Verarbeitung	816
Art. 33 Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Aufsichtsbehörde	823
Art. 34 Benachrichtigung der von einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten	830

Abschnitt 3. Datenschutz-Folgenabschätzung und vorherige Konsultation	837
Art. 35 Datenschutz-Folgenabschätzung Art. 36 Vorherige Konsultation	837 849
Abschnitt 4. Datenschutzbeauftragter Art. 37 Benennung eines Datenschutzbeauftragten	852 852
Art. 38 Stellung des Datenschutzbeauftragten	853
Art. 39 Aufgaben des Datenschutzbeauftragten	853
Abschnitt 5. Verhaltensregeln und Zertifizierung	859
Art. 40 Verhaltensregeln	859
Art. 41 Überwachung der genehmigten Verhaltensregeln	864
Art. 42 Zertifizierung	867
Art. 43 Zertifizierungsstellen	871
Kapitel V. Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer oder an	
internationale Organisationen	875
Art. 44 Allgemeine Grundsätze der Datenübermittlung	875
Art. 45 Datenübermittlung auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses (nicht kommentiert)	875
Art. 46 Datenübermittlung vorbehaltlich geeigneter Garantien	876
Art. 47 Verbindliche interne Datenschutzvorschriften (nicht kommentiert)	877
Art. 48 Nach dem Unionsrecht nicht zulässige Übermittlung oder Offenlegung	878
Art. 49 Ausnahmen für bestimmte Fälle	878
Art. 50 (vom Abdruck wurde abgesehen)	891
Kapitel VI. Unabhängige Aufsichtsbehörden	891
Art. 51–59 (vom Abdruck wurde abgesehen)	891
Kapitel VII. Zusammenarbeit und Kohärenz	891
Art. 60–76 (vom Abdruck wurde abgesehen)	891
Kapitel VIII. Rechtsbehelfe, Haftung und Sanktionen	891
Art. 77 Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde	891
Art. 78 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen eine Aufsichtsbehörde	892
Art. 79 Recht auf wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf gegen Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter	892
Art. 80 Vertretung von betroffenen Personen (nicht kommentiert)	898
Art. 81 Aussetzung des Verfahrens (nicht kommentiert)	898
Art. 82 Haftung und Recht auf Schadenersatz	898
Art. 83 Allgemeine Bedingungen für die Verhängung von Geldbußen	906
Art. 84 Sanktionen	933
Kapitel IX. Vorschriften für besondere Verarbeitungssituationen	935
Art. 85–88 (vom Abdruck wurde abgesehen)	935
Art. 89 Garantien und Ausnahmen in Bezug auf die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen	
Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken	935
Art. 90, 91 (vom Abdruck wurde abgesehen)	939
Kapitel X. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte	939
Art. 92, 93 (vom Abdruck wurde abgesehen)	939
Kapitel XI. Schlussbestimmungen	939
Art. 94 Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG	939
Art. 95 Verhältnis zur Richtlinie 2002/58/EG	939
Art. 96 Verhältnis zu bereits geschlossenen Übereinkünften	939
Art. 97–99, Schlussformel (vom Abdruck wurde abgesehen)	942
Siebenter Teil. Portabilitäts-Verordnung	
Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom	
14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im	
Binnenmarkt	943
Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich Art. 2 Begriffsbestimmungen	943 946
Art. 3 Verpflichtung zur Ermöglichung der grenzüberschreitenden Portabilität von Online-	270
Inhaltediensten	951

Art. 4 Ort der Bereitstellung von Online-Inhaltediensten, des Zugriffs auf diese Dienste und
ihrer Nutzung
Art. 6 Grenzüberschreitende Portabilität von kostenfrei bereitgestellten Online- Inhaltediensten
Art. 7 Vertragsbestimmungen
Art. 8 Schutz personenbezogener Daten
Art. 9 Anwendung auf bestehende Verträge und erworbene Rechte
Art. 10 Überprüfung
Art. 11 Schlussbestimmungen
Schlussformel (vom Abdruck wurde abgesehen)
Achter Teil. Rom I-Verordnung
Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom
17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
(Rom I)
Vorbemerkung
Kapitel I. Anwendungsbereich
Art. 1 Anwendungsbereich
Art. 2 Universelle Anwendung
Kapitel II. Einheitliche Kollisionsnormen
Art. 3 Freie Rechtswahl
Art. 4 Mangels Rechtswahl anzuwendendes Recht
Art. 5 Beförderungsverträge
Art. 6 Verbraucherverträge
Art. 7 Versicherungsverträge
Art. 8 Individualarbeitsverträge Art. 9 Eingriffsnormen
Art. 10 Einigung und materielle Wirksamkeit
Art. 11 Form
Art. 12 Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts
Art. 13 Rechts-, Geschäfts- und Handlungsunfähigkeit
Art. 14 Übertragung der Forderung
Art. 15 Gesetzlicher Forderungsübergang
Art. 16 Mehrfache Haftung
Art. 17 Aufrechnung
Art. 18 Beweis
Kapitel III. Sonstige Vorschriften
Art. 19 Gewöhnlicher Aufenthalt
Art. 20 Ausschluss der Rück- und Weiterverweisung
Art. 21 Öffentliche Ordnung im Staat des angerufenen Gerichts Art. 22 Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung
Art. 23 Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten
Art. 24 Beziehung zum Übereinkommen von Rom
Art. 25 Verhältnis zu bestehenden internationalen Übereinkommen
Art. 26 Verzeichnis der Übereinkommen
Art. 27 Überprüfungsklausel
Art. 28 Zeitliche Anwendbarkeit
Kapitel IV. Schlussbestimmungen
Art. 29 Inkrafttreten und Anwendbarkeit
Schlussformel (nicht kommentiert)
Neunter Teil. Rom II-Verordnung
Vorordnung (EC) Nr. 864/2007 dos Europäischen Derlamants und des Determent
Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende
Recht (Rom II) Vorbemerkung zur Rom II-Verordnung
voroemerkung zur Kom n-verorunung

Kapitel I. Anwendungsbereich Art. 1 Anwendungsbereich Art. 2 Außervertragliche Schuldverhältnisse	1035 1035 1038
Art. 3 Universelle Anwendung	1039
Kapitel II. Unerlaubte Handlungen Art. 4 Allgemeine Kollisionsnorm Art. 5 Produkthaftung Art. 6 Unlauterer Wettbewerb und den freien Wettbewerb einschränkendes Verhalten Art. 7 Umweltschädigung Art. 8 Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums Art. 9 Arbeitskampfmaßnahmen	1039 1039 1043 1048 1054 1054 1059
Kapitel III. Ungerechtfertigte Bereicherung, Geschäftsführung ohne Auftrag und Verschulden bei Vertragsverhandlungen	1060
Art. 10 Ungerechtfertigte Bereicherung Art. 11 Geschäftsführung ohne Auftrag Art. 12 Verschulden bei Vertragsverhandlungen Art. 13 Anwendbarkeit des Artikels 8	1060 1060 1061 1062 1063
Kapitel IV. Freie Rechtswahl Art. 14 Freie Rechtswahl	1063 1063
Kapitel V. Gemeinsame Vorschriften Art. 15 Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts Art. 16 Eingriffsnormen Art. 17 Sicherheits- und Verhaltensregeln Art. 18 Direktklage gegen den Versicherer des Haftenden Art. 19 Gesetzlicher Forderungsübergang Art. 20 Mehrfache Haftung Art. 21 Form Art. 22 Beweis	1065 1065 1066 1066 1067 1067 1067 1068
Kapitel VI. Sonstige Vorschriften	1069
Art. 23 Gewöhnlicher Aufenthalt	1069 1069
Art. 25 Staaten ohne einheitliche Rechtsordnung	1069
Art. 26 Öffentliche Ordnung im Staat des angerufenen Gerichts	1069
Art. 27 Verhältnis zu anderen Gemeinschaftsrechtsakten	1070 1070
Kapitel VII. Schlussbestimmungen	1071
Tit. 2) Verzeienins der Obereinkommen	1071
Art. 30 Überprüfungsklausel	1071
Art. 31 Zeitliche Anwendbarkeit	1072
Art. 32 Zeitpunkt des Beginns der Anwendung	1072
Schlussformel (nicht kommentiert)	1073
Anhang (vom Abdruck wurde abgesehen)	1073